

BERLINER RUNDSCHAU

**Mehr für
Familien**

CDU

Gemeinsam erfolgreich.



Familienpolitik in guten Händen

Seite 2-3

Die CDU tut Berlins Schulen gut

Mit der CDU in Regierungsverantwortung gehören Chancengleichheit und individuelle Förderung in guter Lernumgebung wieder zum Bildungsprogramm im Land Berlin. „Berlins Bildungspolitik liegt bei der CDU in guten Händen“, fasst der CDU-Fraktionsvorsitzende Florian Graf zusammen. Hier einige Beispiele:

Unterrichtsversorgung

Mit dem neuen Schuljahr werden 1.440 neue Lehrerinnen und Lehrer Berlins Schülerinnen und Schüler unterrichten - ein entscheidender Baustein zur Reduzierung des Unterrichtsausfalls.

Sprachförderung

Um die Sprachkompetenz besser zu überprüfen, macht die CDU-Fraktion die Sprachstandsfeststellungen verbindlich für alle Kinder.

In Sicherheit lernen

„Gewalttaten und Übergriffe von schulfremden Personen an den Grundschulen haben besorgniserregend zugenommen. Damit in die Schulen nur die reinkommen, die es auch dürfen, setzen wir gerade ein Sicherheitskonzept für Grundschulen um“, so Florian Graf.

Schulessen

Neben einer Reihe von weiteren Maßnahmen haben wir erfolgreich eine Qualitätssteigerung des SchulesSENS angestoßen. 9,1 Millionen Euro stellt das Land Berlin hierfür künftig zusätzlich zur Verfügung.

Schulsanierung

„Schulgebäude sollen zum Lernen einladen“, sagt Florian Graf. „Mit 64 Millionen Euro gehen wir auch weiterhin die dringend notwendigen Sanierungen von Schulen und Sportanlagen an.“

Keine Einheitslehrer

Die CDU-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass die schulartspezifische Ausbildung der Lehrer sichergestellt wird. Mit dieser individuellen Lehrerbildung stärkt die CDU die Gymnasien und erteilt dem Einheitslehrer eine klare Absage.

Kein Zwang zum JüL

Auch der Zwang zum jahrgangsübergreifenden Lernen wurde mit der CDU-Regierungsbeteiligung abgeschafft. Graf: „Die CDU setzt auf individuelle Förderung und nicht auf gemeinsames Lernen von Schülern unterschiedlicher Altersklassen per Zwang“.

Familien unterstützen

Es wird eine uneingeschränkte Geschwisterkinderregelung für den Zugang zur Oberschule eingeführt. Das hilft bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z.B. weil die Kinder zeiteffektiv zur Schule gebracht werden.

Familienpolitik in guten Händen

Was ist nicht alles geschrieben und gemutmaßt worden – über den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige. Aber „die Politik“ in Bund und Land hat Wort gehalten.

Der jetzt ab dem 1. August bestehende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Mit 5,4 Milliarden Euro hat die CDU-geführte Bundesregierung den Kita-Ausbau in den letzten Jahren finanziell unterstützt. Wenn jetzt das neue Kita-Jahr 2013/2014 beginnt, stehen bereits mehr als 810.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung – ein Plus von rund 150 Prozent seit 2007. Mit diesem Anstieg von rund 490.000 Plätzen wurde sogar die zum 1. August angestrebte Ver-

sorschulstrukturen in Berlin aus. Damit könnte die Benachteiligung von Kindern aufgrund ihrer sozialen Herkunft besser verhindert werden.

Angesichts der Bedeutung guter Sprachkenntnisse für die Zukunftschancen der Kinder zeige sich, dass die Abschaffung der Vorschulen durch den rot-roten Senat ein schwerer Fehler gewesen sei: „Es kann nicht sein, dass die heutigen Kinder die Zeche für die Rotstiftpolitik des Vorgängersensatz zahlen.“, so Wegner.

Der Generalsekretär der Berliner Christdemokraten unterstrich, dass auch der Besuch einer Kindertagesstätte für den Spracherwerb von Kindern eine wichtige Rolle spiele. Notwendig seien daher Investitionen in die Infrastruktur, um den Rechtsanspruch für einen Kita-Platz flä-



Kai Wegner, Generalsekretär der CDU Berlin und direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Spandau und Charlottenburg-Nord, bewirbt sich erneut für ein Bundestagsmandat. Wegner, selbst Vater eines 6-jährigen Sohnes, weiß wie unmittelbar manchmal politische Entscheidungen in das Familienleben eingreifen können.

**Jede Familie ist anders.
Und uns besonders wichtig.**



sorgung mit 780.000 Plätzen bundesweit um über 30.000 Plätze übertroffen.

Aber kaum startete der Rechtsanspruch, wollten einige daraus schon wieder eine Pflicht machen. Der Generalsekretär der Berliner CDU, Kai Wegner, ist dagegen. In der Diskussion um die Einführung einer Kita-Pflicht in Berlin sprach er sich für die Wiedereinführung der bewährten

chendeckend gerade auch in den Berliner Innenstadtbezirken einzulösen. Die Einführung einer Kita-Pflicht allerdings wäre rechtlich problematisch.

„Die Wahlfreiheit der Eltern muss gestärkt werden. Zwangsbeglückungen lehne ich ab.“, betonte Wegner. Die Politik solle die Eltern mit guten Argumenten überzeugen, ihre Kinder in die Kita zu

schicken, anstatt sie zu zwingen. Hierfür sei es notwendig, hohe frühkindliche Bildungsstandards in den Kitas sicherzustellen. Die Berliner Morgenpost würdigte Kai Wegner für „diesen wichtigen Debattebeitrag“ und vergab an ihn die Kopfnote „2“.

Familienpolitik ist ein Herzensanliegen der CDU. Die Union macht sich stark für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Erfolg beim Kita-Ausbau ist dafür ein wichtiger Schritt und ein starkes Signal. Echte Wahlfreiheit für Familien mit Kindern schaffen – das ist Anspruch

der CDU und Ausdruck einer zeitgemäßen Familienpolitik. Denn Eltern können selbst am besten entscheiden, wie sie ihre familiäre Lebenssituation, Berufssituation und den Alltag ihrer Familie gestalten. Wir möchten Familien ermöglichen, so zu leben, wie sie wollen. Mit dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ist dafür ein wichtiger Schritt getan. Diejenigen Eltern, die für ihre Kinder keine öffentlich geförderte Kinderbetreuung in Anspruch nehmen wollen, unterstützt die CDU mit dem Betreuungsgeld und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Wahlfreiheit für Familien.

Rot-Grün wird teuer für Familien

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat die Steuerpläne von SPD und Bündnis 90/Die Grünen näher untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere Familien mit nur einem Verdiener mit höheren Steuerbelastungen rechnen müssen.

Peer Steinbrück kündigte unlängst an, den steuerlichen Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung der Kinder von 2.640 Euro zu streichen. Von diesen Plänen wären zahlreiche Familien betroffen. Zudem hätte die von der SPD geplante Streichung des

Ehegattensplittings für neu zu schließende Ehen gravierende Folgen.

„Das SPD-Wahlprogramm ist ein Angriff gegen die Familie“, bekräftigte auch der Generalsekretär der CDU Berlin, Kai Wegner. „Wir sind der Meinung: Der Weg der SPD setzt die falschen Signale. Die Familien in Deutschland brauchen weder mehr Staat noch Bevormundung oder Umverteilung. Sie brauchen sichere Arbeitsplätze, eine stabile Wirtschaft und Wahlfreiheit zur Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe.“

„Bleib cool am Pool“

CDU-Chef Frank Henkel informiert sich über ein Anti-Konflikt-Projekt im Sommerbad Neukölln

Im Rahmen seines Wertedialogs besuchte der Landesvorsitzende der CDU Berlin und Berliner Innensenator Frank Henkel zum Beginn der heißen Jahreszeit das Sommerbad Neukölln, um sich über das Anti-Konflikt-Pro-

jekt „Bleib cool am Pool“ zu informieren.

Die Idee hinter dem Projekt: Jugendliche

aus der Nachbarschaft und so genannte Kiezväter bilden Zweier-Teams, um an gut besuchten Tagen in den Sommerbädern Konfliktpotenziale zu entschärfen, bevor sie überhaupt entstehen. „Ich freue mich, das Projekt im Detail kennen zu lernen“, erklärte Henkel. „In meinem Wertedialog setze ich auf positive Rollenvorbilder und Werte wie Respekt und Rücksichtnahme.

In diesem Projekt geht es genau darum. Hier sind Jugendliche, die Verantwortung für ihr Umfeld übernehmen und dazu beitragen wollen, dass Konflikte in unserer Stadt nicht eskalieren.“

Das gemeinsame Projekt von Berliner Polizei, der Gesellschaft für Sport- und Jugendsozialarbeit und den Berliner Bäder-Betrieben lief bereits im dritten Jahr. In diesem

Jahr war das Interesse an „Bleib cool am Pool“ größer denn je. Mit allein über 20 Jugendlichen der Carl-Legien-Oberschule aus Neukölln war erstmals eine Schule mit dabei.



So funktioniert Briefwahl

Sind Sie am 22. September 2013 nicht zu Hause oder wollen vorher schon wählen? Dann stimmen Sie doch per Briefwahl ab. Ihr zuständiges Bezirksamt schickt Ihnen ab Anfang August die Wahlunterlagen zu.

Melden Sie sich auf der Rückseite Ihrer Wahlbenachrichtigung für die Briefwahl an, und schicken Sie das Formular zurück ans Bezirkswahlamt.

Wenige Tage später sind die Briefwahlunterlagen auf dem Weg zu Ihnen. Noch einfacher: Sie können Ihren Antrag auf www.wahlen-berlin.de auch elektronisch stellen oder gehen persönlich während der Öffnungszeiten zum Wahlamt.

Machen Sie Ihr Kreuz zu Hause.
Jetzt Briefwahl beantragen.

Mehr Informationen unter cdu.de/briefwahl

CDU
Gemeinsam erfolgreich.

Impressum: V.i.S.d.P.: CDU Landesverband Berlin, Dirk Reitze, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin; Herstellung BerlinMedia GmbH; Fotos: S. 1 tan4ikk - Fotolia.com, S. 2/3 CDU, S.3 Schill, S.4 Liecke